

Resolution des Kongresses 2016 des Mouvement Ecologique

Wéi e Lëtzebuerg fir muer ?

Der Kongress 2016 des Mouvement Ecologique

stellt fest, dass in Folge des heutigen und des von der Regierung prognostizierten Bevölkerungswachstums

- der Druck auf den Wohnungsmarkt, die Höhe der Mieten und der Anschaffungspreis für Eigentumswohnungen aus sozialpolitischer Sicht bereits heute unverantwortliche Ausmaße angenommen haben;
- die Situation sowohl im Straßen- als auch im öffentlichen Verkehr trotz sehr lobenswerter Initiativen (hohe Investitionen in den Ausbau des Schienenverkehrs, zügige Umsetzung des Tramprojektes...) - u.a. durch die hohen Pendlerzahlen (170.000 täglich) und die diffuse Siedlungsentwicklung – ebenfalls bereits heute sehr bedenklich ist und wohl mit einer weiteren Zuspitzung der Situation unlösbar Ausmaße annehmen wird;
- bei fortschreitendem Bevölkerungs- und Pendlerwachstum eine Verringerung des derzeitigen Flächenverbrauches (2 ha / Tag) illusorisch erscheint;
- der Rückgang der Biodiversität u.a. in der offenen Landschaft trotz Maßnahmen im Naturschutz unweigerlich fortschreitet;
- die Zerschneidung und Verlärmung der Landschaft weiter zunimmt, verbunden mit einer Verringerung der Freiräume für Erholung zwischen und in den großen Siedlungsgebieten;
- die Folgewirkungen dieses Wachstums im Bereich verstärkter Investitionen in der Trinkwasserversorgung, Abwasserklärung, Luftreinhaltung, Lärminderung u.a.m. nicht absehbar sind;
- ein unbegrenztes Wachstum auf einem begrenzten Planeten - und demnach auch in Luxemburg - nicht machbar und nicht wünschenswert ist, da ein stetes Wachstum nicht mehr Wohlstand und Wohlbefinden bedeutet;

bedauert mit Nachdruck, dass

- trotz all dieser Probleme und augenscheinlicher Folgewirkungen keine grundsätzliche Debatte über die wünschenswerte Entwicklung des Landes „Wéi e Lëtzebuerg fir muer?“ sowie „Wéi e Wuelstand fir Lëtzebuerg?“ in die Wege geleitet wurde;
- die sog. Rifkin-Studie, welche die Luxemburger Wirtschaft auf die digitale Revolution und die Herausforderungen des Klima- und Ressourcenschutzes vorbereiten soll, das Wachstumsdogma nicht in Frage stellt, im Gegenteil, gemäß Aussagen des Wirtschaftsministeriums eher ein weiteres Wachstum „ermöglichen“ soll;
- die sozialen Ungleichheiten in der Verteilung des finanziellen Reichtums zwischen Arm und Reich stetig anwachsen, trotz Wirtschaftswachstum, sowohl weltweit als auch in Luxemburg;

- die derzeitige Überarbeitung der sektoriellen Pläne der Landesplanung weiterhin von diesem ungehemmten Wachstum ausgeht (u.a. Zunahme von über 150.000 Arbeitsplätzen bis 2060, Projektion der Bevölkerungszahl auf 1 Mio Einwohner);
- der Stellenwert der Landesplanung durch den Entwurf des sog. Omnibus-Gesetzes deutlich geschwächt werden soll und damit die Gefahr einer planlosen Siedlungsentwicklung auf nationaler Ebene zunehmen wird;
- eine verstärkte Mobilisierung der verfügbaren Siedlungsflächen innerhalb der Bauperimeter (Baulücken) und des Entwicklungspotentiales der Industriebranchen auf sich warten lässt;
- statt einer bewussten Förderung von prioritären urbanen Zentren eine diffuse Zersiedlung - vielfach ohne Zusammenhang mit öffentlichem Transportwegen und Nahversorgungsangeboten erfolgt;
- eine grundsätzliche Reorientierung unseres Steuersystems nicht erfolgte, obschon sich diese im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung und eines besseren Ausgleichs zwischen der Belastung der Faktoren Arbeit, Kapital und Ressourcen aufdrängt;
- in der Konsequenz keine Diskussion über alternative Finanzierungsformen unseres Sozialsystems stattfindet, um dieses weniger abhängig von einem kontinuierlichen Wachstum zu machen;

fordert die Regierung, die politischen Parteien, die Medien und die (Zivil-) Gesellschaft auf,

- angesichts der Begrenztheit der verfügbaren Ressourcen und der Belastungsgrenzen für die natürliche und menschliche Umwelt, sich verstärkt mit den Folgewirkungen des Wachstums auseinander zu setzen und diese als solche zum Thema einer politischen Diskussion zu machen;
- in einem strukturierten Prozess eine reelle demokratische Debatte über Zukunftsvisionen und „gutes Leben“ in Luxemburg, die den Grenzen des Wachstums Rechnung trägt, auf breiter Ebene in die Wege zu leiten;
- eine Analyse über eine grundsätzliche Reform des Steuersystems in Auftrag zu geben, indem Ressourcen verstärkt und der Faktor Arbeit / das Sozialsystem ggf geringer besteuert wird;
- eine Diskussion über eine Reduzierung der Abhängigkeit der Finanzierung unseres Sozialsystems vom Wirtschaftswachstum in die Wege zu leiten und über andere Finanzierungsmodelle nachzudenken (cf. Studie der Arbeitnehmerkammer aus dem Jahre 2010);
- die vielfach angekündigte Reform der Gemeindefinanzen endlich voran zu treiben und hierbei ebenfalls landesplanerischen Kriterien Rechnung zu tragen;
- in der Landesplanung in Luxemburg (z.B. Programm der Landesplanung, sektorielle Pläne) die Dimension der Großregion einzubeziehen und die Zusammenarbeit mit der Großregion generell entscheidend zu verstärken, dies besonders im Bereich (gemeinsamer) Entwicklungsprojekte auf wirtschaftlicher Ebene, um die Zunahme der Pendlerbewegungen mittelfristig zu begrenzen;

- die Entwicklung einer *begrenzten* Anzahl von städtischen Zentren („centres de développement et d’attraction“) bewusst im Rahmen einer Diskussion mit den Gemeinden auf regionaler Ebene zu fördern und in diesen Siedlungsflächen prioritär zu entwickeln;
- die prioritäre Entwicklung der „Nordstad“ sowie der Industriebrachen (Mersch-Gare, Düdelingen Nei Schmelz, Esch Terre Rouge, Wiltz ...) voranzutreiben, verbunden mit einer Klärung der Altlasten-Sanierung aufgrund des Verursacherprinzips;
- vor einer Ausweitung der Bauperimeter (u.a. auch durch sog. Baulandverträge) zwingend die Mobilisierung der Siedlungsflächen innerhalb der Bauperimeter und leerstehender Wohnungen voran zu treiben und dabei die Sozialpflichtigkeit des Privateigentums stärker zu thematisieren (Reform der Grundsteuer, Abgaben auf Baulücken, „remembrement urbain“, Baugebote...);
- in bestehenden städtischen Räumen zu entwickeln;
- im Rahmen von flächensparenden Siedlungen attraktive Wohnformen , statt vielfach seelenloser Lotissements, die Lebensqualität in den Vordergrund zu stellen. Dazu gehören eine Politik der kurzen Wege (Wohnen-Arbeiten-Sich Versorgen), eine deutliche Aufwertung öffentlicher, sozialer Räume,, durchdachte Begrünungskonzepte, eine sinnvolle Nachverdichtung im Wohnbestand und innovativer Wohnformen (Mehrgenerationen-Wohnungen, Baugruppen...);
- das Verhältnis von Eigentumrecht und öffentlichem Interesse in der aktuellen gesellschaftlichen Situation im Sinne der Sozialpflichtigkeit zu klären (ggf. auch im Rahmen der Verfassung);

und beauftragt den Verwaltungsrat

im Laufe der nächsten Jahre eine verstärkte Priorität des Engagements des Mouvement Ecologique auf die Wachstumsfrage zu legen.

Die Hauptaussagen der Resolution:

Die aktuelle demographische und wirtschaftliche Entwicklung Luxemburgs ist in mehrfacher Hinsicht zu hinterfragen:

- * Eine Fortschreibung dieser Entwicklung in Richtung eines 1 Mio-Einwohnerstaates wäre mit erheblichen negativen Auswirkungen verbunden.
- * Eine gesellschaftliche Debatte über Zukunftsvisionen für unser Land ist unumgänglich.
- * Es gilt dabei zu untersuchen, wie sich unser Gesellschafts- und Wirtschaftsmodell - inklusive die Finanzierung des Sozialsystems - ohne diesen Wachstumswang in Zukunft entwickeln kann, dies auch unter Berücksichtigung der Interessen der Grossregion.

* Den bestehenden Wachstum gilt es so optimal wie möglich zu organisieren durch eine wirksame Landesplanung, die prioritäre Entwicklung von zentralen städtischen Zentren, die prioritäre Mobilisierung von ausgewiesenem Bauland, Industriebrachen und Baulücken. ..

* Integraler Bestandteil einer solchen Politik sollte dabei eine nachhaltige Steuer- und Gemeindefinanzreform sein, welche diese Ziele unterstützt.